

Stern erster
Bild des
Cassio.



Wölfe mit
Willinge
darunter
hen Bril-
es. Rechts
der hellste

oben nach
röße, Ka-
der Milch-
und Rigel,
taglinie,
end Cri-

ntergange
rechts vom
dromeda.
eine halbe
immel zu
erst Ende
mel wie-
unferen
t zunächst
kann bei
den. Sa-
ang etwa
Schützen.
am 14.
29. Neu-

ntsbeginn
gend am
ntergänge
r mittel-
ittagszeit

ur, findet
irche eine
hen hin-
ach Bum-
Wiffion
Bumbuli,
digt wird

Steno-
lebungs-
Turnen
entfunde
Pfg. zur

aus von
ar 1930,
ch rech-

afnahme
ere ver-
den, daß
werden
ellen.

tee
er 1 Pfd.
hnahme.

Sohn
rgstraße
gl. Preise
rhl.lich.

gebote
n Erloia.

reija.

h. Dr.
chriften
Gelb-
Christi-
s, Ami

Aufwärt's

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 6.35 (Beleghe für den eigenen Bedarf). — Für Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Hand“,
„Kindergabe“ und „Unter Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postkonto Hannover 67 577.

Nr. 6.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Mittwoch, den 8. Januar 1930.

12. Jahrgang.

Wer ohne Leid, der ist auch ohne Liebe,
Wer ohne Reu, der ist auch ohne Treu,
Und dem nur wird die Sonne wolkenfrei,
Der aus dem Dunkel ringt mit heiligem Triebe.
Gottfried Keller.

Konservative Erneuerung.

Der Blick in die Zukunft ist uns versagt. Das sollte die Leidenschaft in dem Ringen um die richtigen Mittel und Wege der Politik leichter Maß halten lassen. Wirtschaftsnot und seelisches Leid der Nachkriegszeit forgen aber dafür, daß die Auseinandersetzungen gerade um die Methoden, daß der Tagesstreit an Schärfe zunimmt. Die Rechte hat es schwerer als die Linke, die sich mit den Zeitläuften abzufinden bereit war. Ueber Wollen und Ziel herrscht Einigkeit: Selbstbehauptung des Deutschen Reiches, Selbsthilfe und Selbstverantwortung des Einzelnen wie der Gemeinschaften. Die Wege gehen auseinander in der Vorherfrage der Zukunftsentwicklung. Totgesagte sollen besonders lange leben. So scheint's auch mit dem System von Weimar und der deutschen Wirtschaft zu gehen. Soll die Rechte mit ihrem vollen Einfluß warten, bis der prophezeite Zusammenbruch aller Welt sichtbar ist?

Das eine politische Arbeit ohne tragendes Ideengut abstricht, ist allgemein anerkannt. Es ist aber kein Ersatz für eine Idee, wenn ich den Widerstand gegen äußere und innere Bedrückung schlechthin für ausreichend halte, gegen den Materialismus siegreich aufzutreten, sofern ich genügend organisatorische und finanzielle Machtmittel in den Kampf schicke. Dieser Mangel wird auch nicht dadurch ausgeglichen, daß eine äußerliche Frontbreite aufgezogen wird, die keineswegs frei von „marxistischer Durchseuchung“ ist. Ihren ehrlichen Willen in Ehren. Nationalsozialisten sind nicht geeignet, in positiver Arbeit eine Stellung gegen den Marxismus zu halten, geschweige denn anzugreifen.

Das letzte Jahrzehnt hätte lehren können, daß der Schlachtruf: „Nieder mit...“ nicht genügt, einen Gegner zu bezwingen. Das gilt besonders für die Rechte, die für Heimat und Herdfeuer sich vornehmlich verpflichtet fühlt.

Wer mit der Vernunft der Politik der Gegner, mit Organisation, Geld- und Pressemacht allein siegen will, bleibt über kurz oder lang auf der Walfahrt. An dieser Fehlbildung liegt es, daß im vergangenen Jahrzehnt der Materialismus neuen Boden gewann. Wer die Revolution erst mit dem 9. November 1918 beginnen ließ, den Umsturz allein als das Werk böser Geister, die in der entkräfteten Heimat Oberhand gewonnen hatten, ansetzen wollte, wer in der Inflation nichts als Vermögensverfall sah, nicht die bedrohliche Umwertung höherer Werte als Geld und Gut spürte, der konnte nicht zu einem Siege kommen, mochte er noch so sehr an äußeren Merkmalen die zerstörende Macht des Marxismus aufzeigen und anprangern. So rächte sich die Verklümmung des konservativen Gedankengutes. Ein anderes hemmte die Rechte in ihrer politischen Wirkung.

Die Sondergründung Dr. Stresemanns in Gestalt der Deutschen Volkspartei hielt weite Kreise abseits, als die Deutschnationale Partei Millionen um ihre Fahnen sammelte. Darunter litt von Anbeginn die Hoffnung, die staatsbejahenden Kräfte rechts vom Zentrum in einer großen Partei zusammenzufassen, die durch den Magnetismus der Zahl mitreißen konnte. Der Zustrom bis zur Dezemberwahl 1924 blieb stetig im Steigen. Erst mit dem Wechsel zwischen Regierungsverantwortung und Opposition im Reiche zeigte sich, daß mehr die gemeinsame Ablehnung der außenpolitischen Bindungen und des innenpolitischen Regierungssystems als die erhoffte weltanschauliche Einheit der Auffassungen die Partei zusammenhielt. So gingen mit der Zeit Bürger und Handwerker, Bauern und positive evangelische Christen ihre eigenen Wege. Die einen, weil sie glaubten, ihre materiellen Interessen in berufständischer Sammlung besser vertreten zu sehen, die anderen, weil sie aus christlich-konservativer Haltung der Partei den Vorwurf machten, in der Tagesarbeit diese Grundsätze überwuchern zu lassen. Dabei scheuten sich diese positiven Christen keineswegs vor dem Austrag grundsätzlicher Fragen auf dem politischen Kampffeld, hielten gerade diese Kreise es für notwendig, nicht auf die Mitarbeit an der Gestaltung des heutigen Staates zu verzichten.

Diese Entwicklung war nicht ohne weiteres Schuld der Führung der Partei als solcher, nicht allein auf das Konto im ganzen mißlungener Regierungsversuche zu setzen. Es wäre nichts förderlich, als einen Führer verantwortlich zu machen für das Mißlingen oder Gelingen

einer Konzeption. Die Tagesnöte ließen aus allen Berufsständen an die politischen Parteien materielle Forderungen stellen, die auf einen Renner gebracht werden mußten, von allen Kreisen Opfer verlangten. Je mehr die Angst vor der Kritik des Nachbarn auf Fraktionsdisziplin drängen ließ, desto häufiger kamen Mißvergnügte in die Minderheit. Es kam zu Dauerkrisen, wie sie jedes Regiment kennt, das sich in der äußeren Macht durch Disziplin allein zu halten sucht.

Man hat versucht, mit gesetzlichen Bestimmungen Splitterparteien aus dem Recht des Stärkeren zu bekämpfen mit der Begründung, daß nur große Einheiten eine praktische Geltung im System verlangen könnten. Keine organisatorische Bindung hat der Sonderbewegung Einhalt zu bieten vermocht, wenn solche Bewegung irgendwie bodenverwachsen war. So konnte es den Anschein gewinnen, als ob die Rechte, zu der naturgegeben die Schichten der Bauern, der Handwerker und der festhaften Arbeiter gehören, der Klassengeistparole machtlos gegenüberstehen, ja, immer machtloser werden müßte, zumal Brüder und Freunde von gestern sich leidenschaftlicher zu zürnen pflegten, als entferntere Nachbarn.

Wer diesem Zustand, der zur völligen Auslieferung des Staates und unserer Kulturgüter an die gesammelte Macht der Linken führen muß, abzuweichen willens war, konnte nicht auf dem Standpunkt des Rechthaltens wohnen, des Wartens auf die Unterwerfung unter die Partei beharren, sondern mußte nach neuen Formen suchen.

Wer unser deutsches Volk kennt, wird nicht auf den Gedanken kommen, man könne der marxistischen Ideologie die Parole einer staatsbürgerlichen Sammlung entgegenstellen. Das Bürgertum im alten Sinn hat in der Ueberwindung des Klassengeistes in der Vorkriegszeit völlig versagt, der Allmacht eines liberalen Staatsgedankens die Kultur und Sozialpolitik ausgeliefert und stand hilflos daneben, als die Marxisten mit der Macht über die Bürokratie des Staates auch die Verfügung über alle Sparten der Staatsgewalt usurpierten.

Es gibt aber auch keinerlei geschlossene bürgerliche Ideenwelt, geschweige eine Ideenkraft, die andere Menschen anzieht und überwindet.

Es gibt aber einen anderen Machtfaktor: Millionen von Menschen, die die Selbstbehauptung ihres Vaterlandes, die Eigenverantwortung für sich und die Nächsten, eine faubere, ehrliche Verwaltung des Staates und aller Gemeinschaften, die Bewahrung der sittlichen Rechts- und Ehrbegriffe im Volksleben wünschen und bereit sind zum Einsatz für diese Ziele.

Solange Parteien dazu neigen, andere Parteigänger verächtlich zu behandeln, stoßen sie ab, anstatt zu sammeln. Da andererseits die Deutschen mehr denn andere Völker dazu neigen, auch Sonderfragen sehr ernst zu nehmen, kann eine Sammlung dieser Freiheitswillen nur gelingen, wenn ich den Einzelnen nicht in jeder Frage des öffentlichen Lebens binden und festlegen will. So kommen wir zu der Anerkennung der freien Betätigung eigenwilliger Gemeinschaften, seien es Parteien, Bünde oder Zellen in der politischen Arbeit und in den Volksvertretungen als den heute uns gesetzten Machtzentren des politischen Einflusses. Wir erheben lediglich die Forderung, daß die Führer sich auf der Grundlage der gemeinsamen Weltanschauung zusammensetzen und gemeinsam zu handeln verstehen, wenn in den Lebensfragen der Nation ein geschlossener Einsatz gefordert werden muß.

Auch bei festen Bindungen durch Programme, Richtlinien, Satzungen bleibt es immer eine Sache der überlegenen Führung, die Realpolitik mit der Ideenwelt ihrer Träger in Einklang zu halten oder zu bringen.

Eine so gegliederte Front hat ihre Stärke in der Verbundenheit der grundsätzlichen Ideen. Sie bleibt stärker als starre Einheiten, weil sie beweglich bleibt in der Stellung zu Tagesfragen, mögen auch ihre Grenzen stets im Fluß sein.

Auch hier gibt es Widerstände zu überwinden. Vermögen doch christlich-soziale Freunde aus überkommener Abneigung sich nur schwer an den Gedanken zu gewöhnen eine gemeinsame Auffassung von den ewigen Werten unseres Volkes eine konservative Grundhaltung genannt zu sehen. Der ostelbische Junker ist ein Zerrbild gewesen, dem der Westen und Süden keine sympathischen Züge abzugewinnen vermochte. Hat es nicht im Osten wie unter den westfälischen Bauern Männer gegeben, die in einem gottesfürchtigen Leben Zeit fanden, Zeugnis abzulegen vor der Welt für ihre Ueberzeugung von dem Walten göttlicher Ordnung, wie es in anderen Kreisen nicht besser und ehrlicher geschehen konnte? Es

ist konservative Staatsauffassung, daß die organischen Gemeinschaften der Familie, des Standes und der Stämme des Volkes die Träger des Staates sein müssen, der dem Einzelnen übergeordnet ist.

Wollen wir in Abkehr von übersteigter Parteinahme alle die sammeln, die guten Willens sind, um nach gerechtem Kampfe Frieden in unserm Volk zu schaffen, dann müssen wir nach vorn, nicht nach rückwärts schauen. Es sollte die Kampfesfreude erhöhen, wenn bei diesem Kampf alte Vorurteile ausgeräumt werden können unter Befreiung unvergänglicher Werte von falscher Verbrämung.

Heimatförm, Ehrfurcht vor Gott und dem Menschlichen, Autorität einer natürlichen Ordnung — das sind die Wegsteine der Gemeinsamkeit.

Im übrigen lassen wir die Worte gelten, die der Außenpolitiker der „Vossischen Zeitung“ — auch ein konservativer Mann — vor Zeiten gesagt hat:

„Macht ruht nicht auf dem Treibband der Organisation, der gezühten Menschen, sondern auf den vertrauten Herzen all derer, die über Parteizäune im gleichen Takt des Blutes wahrhaft vaterländischen Dienst am Volk zu tun begehren.“
G. R. Trevisanus.

Vor dem Abschluß der Diktatur Primo de Riveras.

Von E. von Ungern-Sternberg, Berlin.

Eine offizielle Madrider Note hat verkündet, daß die Minister eine Aenderung der Regierungsform beraten hätten, und daß die Diktatur am 13. September des kommenden Jahres, also am siebenten Jahrestage ihrer Verhängung zu bestehen aufgehört haben werde. Bis zum 13. September 1930 fehlen noch neun Monate, es wird also noch viel Wasser den Manzanares hinabfließen müssen, ehe die Auflösung der Diktatur Primo de Riveras Tatsache geworden ist. Aber die Ankündigung allein wird wieder die politischen Kräfte in Spanien wachrufen, die seit dem Staatsstreich in Barcelona eingeschummert waren, und die allmählich jeden Einfluß im Königreich verloren hatten.

Sinter General Primo de Rivera stehen nicht Scharen von Schwarzhemden, wie hinter Mussolini. Hierin liegt der grundlegende Unterschied zwischen der spanischen und der italienischen Diktatur. Zwar wurden auch in Spanien die „Sematen“ (Bürgerwehr) und die „Union Patriótica“ von der Diktatur ins Leben gerufen, aber sie blieben mehr oder weniger Regierungsorganisationen, ohne tiefere Wurzel im Volk zu fassen. Es gibt in Spanien keinen richtigen Faschismus. Pathos und Tempo des Faschismus im italienischen Sinne wären den Spaniern wesenfremd. Die Diktatur Primo de Riveras ist aristokratisch im besten Sinn des Wortes; sie ist auch kein Regierungssystem, das Anspruch auf Zeitlosigkeit erhebt. Im Gegenteil, General Primo de Rivera hat gleich, nachdem er 1923 der Cortesregierung den Gehorsam verweigerte und nachdem er — gestützt auf seine Truppen — das Parlament auflöste, den Cortespalast in der Carrera de San Jeronimo schließen ließ und der Madonna feierlich seinen Degen weichte, verkündet, daß seine Diktatur nur eine vorübergehende Erscheinung sein werde. Sobald die Ordnung und Disziplin wiederhergestellt sein und Spanien den ihm zustehenden Platz im Werden der Weltgeschichte einnehmen würde, werde seine Diktatur einer Regierung weichen, die den Interessen des Königreiches entspräche, die aber keine Rückkehr zum Parlamentarismus sein werde.

Der Zeitpunkt wird nun als gekommen erachtet. Die Note setzt den 13. September 1930 fest. Die Gerüchte, die seit Monaten, ja sein Jahren über eine Diktaturkrise verbreitet wurden, finden darin eine Bestätigung, zwar nicht im Sinne der Diktaturfeinde, die gerne einen Zusammenbruch Primo de Riveras herbeiführen wollen, und denen dazu jedes Mittel, einbegriffen Putz und Verschwörung, gut war, sondern im Sinne Primo de Riveras selbst, der den Augenblick für gekommen erachtet, seine unbegrenzte Machtfülle allmählich abzubauen. Die Asamblea Nacional (d. h. die beratende Kammer bei der Diktaturregierung) hat gemäß der ihr gestellten Aufgabe einen neuen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der neben einer Volksvertretung, deren Mitglieder teils in Ständeverfassungen gewählt, teils auch ernannt werden, einen „Königlichen Rat“ vorsieht, der ein Aufsichtsrecht ausübt, und der allein in den wichtigsten Fragen des Staatslebens das Recht der Initiative besitzt. Die Regierung wäre allein dem König und nicht der Volksvertretung verantwortlich. Dieser Verfassungsentwurf, der durch eine Volksabstimmung Gesetz werden sollte, ist in der Öffentlichkeit

Es werden nun in den kommenden Wochen und Monaten eine Reihe von Dekreten erwartet, in der die Regierung die Form, in der sie die Diktatur auszubauen gedenkt, näher bekanntgeben wird. Voraussichtlich werden zuerst Kommunal- und Provinzialwahlen ausgeschrieben werden, bei denen die Frauen durch ein königliches Dekret das Wahlrecht erhalten sollen. Die Frauen, die in Spanien stark unter dem Einfluß der Geistlichkeit stehen, würden das konfessionelle Element bei den Wahlen abgeben. Der Wahlmodus dürfte im Vergleich zu der Corteszeit abgeändert werden. Solange Primo de Rivera an der Spitze der Regierung steht, bleibt beim Aufhören des Diktaturregimes eine Rückkehr zum Parlamentarismus ausgeschlossen. Das Ziel Primo de Riveras ist eine Stärkung der königlichen Gewalt, eine starke Regierung und eine Volksvertretung aus den tüchtigsten Männern, die nicht das Vertrauen der Parteien, sondern das der Nation besitzen. Es liegt im Augenblick noch kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß es ihm gelingen wird, sein Werk zum Segen seines Vaterlandes zu vollenden.

Die Berichte, die über das verflossene Schuljahr 1928 bis 1929 aus dem Elsaß vorliegen, lassen erkennen, daß das Eindringen der französischen Sprache Fortschritte ge-

Die Berichte, die über das verflossene Schuljahr 1928 bis 1929 aus dem Elsaß vorliegen, lassen erkennen, daß das Eindringen der französischen Sprache Fortschritte ge-

Die Prohibitionsfrage, d. h. das gänzliche Verbot alkoholischer Getränke, erscheint mir nach meinen Beobachtungen noch keineswegs eine glückliche Lösung gefunden zu haben. Daß die Wirtschaften verschwunden sind und man auf der Straße auch nirgends mehr Betrunkene sieht, ist gewiß etwas Großes. Es wird auch nachgewiesen, daß seit dem Verbot dreimal so viele Arbeiter ein Eigenheim erwerben konnten. Trotzdem werden in ständig zunehmender Weise im Geheimen alkoholische Getränke jeder Art hergestellt und auf schlaue erdachten Wegen verbreitet. Nicht wenige Menschen gehen an diesen durch giftige Stoffe hergestellten Getränken zugrunde. Es sind in den größeren Städten namentlich die Italiener, die dieses schmutzige Gewerbe betreiben. Es wäre dies freilich nicht in einem solchen Ausmaß möglich, wenn die Polizei und namentlich die Prohibitionscomitén ihre Pflicht tun würden. Es ist aber ein geradezu öffentliches Geheimnis, daß die Wächter des Gesetzes durch schwere Schweigegelder vielfach bestochen sind. Amerika wird gewiß noch andere Wege einschlagen müssen, wenn es die Macht des Alkoholkrausels brechen will. Zunächst wird das Laster im Geheimen nur umso größere Verheerungen anrichten.

Ein anderer Eindruck ist der, daß das amerikanische Volk heute den Eintritt Amerikas in den Krieg gegen Deutschland als einen schweren Fehler ansieht und Wilson als einen Schandfleck der amerikanischen Geschichte betrachtet. Dieser Name wird fast immer nur in den stärksten Ausdrücken der Verachtung genannt. Auf meine Bemerkung, es sei unbegreiflich, daß das amerikanische Volk in eine solche Feindschaft gegen alles Deutsche hat hineingezogen werden können, meinte Dr. Bucher in Cincinnati, einer meiner alten Schweizerfreunde, diese vollendet böserartige Kriegspapstose sei nur erreicht worden durch eine geradezu teuflisch taktisch und psychologisch ausgedachte Kriegspropaganda in Washington, wofür England eine Million Pfund ausgegeben habe! Nach dem, was man mir allerorts von jenen Schreckensjahren erzählte, hat die Verfolgung der Deutschen in kaum einem anderen Kriegs-

In einer der letzten Nummern des „Temps“ ist ein Aufsatz erschienen, mit dem Titel: „Gute Nachrichten aus dem Saß.“ In diesem Artikel werden die Fortschritte, die in den Abendkursen erzielt sind, besonders aufgearbeitet. Es werden daran hohe Hoffnungen geknüpft, daß der französische Leser glauben muß, daß in wenigen Jahren die Elfer der französischen Sprache mächtig sein werden. Daß Wirklichkeit nur ein geringer Theil der merktätigen Bevölkerung sich Mühe gibt, sich die welsche Sprache anzueignen, darüber schweigt sich die französische Presse aus. Wenn auch die gleichen sprachlichen Maßnahmen im Vorgebiet keinen durchschlagenden Erfolg haben zeitigen können, so dürfen wir doch die Gefahr im Elfaß nicht unterschätzen.

In Kansas City wagten es die Deutschen zum ersten
 mal seit dem Weltkriege, wieder einen „Deutschen Tag“
 zu halten. Der große Saal war überbesetzt. Mehrere
 hundert gehörte und ein Zitherchor umrahmten das Fest mit
 deutschen deutschen Liedern. In Amerika entdecken ge-
 wöhnlich auch die Deutsch-Schweizer ihr ge-
 heimliches Blut, was sonst in der Schweiz
 nicht vorkommen darf und zählen sich zu
 Deutschen wie selbstverständlich auch die Dester-
 rer und andere Deutsche mehr, zumal der Amerikaner
 diesen dreien keinen Unterschied zu erkennen
 mag. In manchen Städten gehören die Schweizer sogar
 zu den führenden Männern für die Erhaltung der deut-
 schen Sprache und Kultur. Gerne nahm ich die Einladung
 zu der Festrede zu halten. Vor mir sprach der Bürger-
 meister in englischer Sprache, der den Deutschen Tag und
 Festredner in der freundlichsten Weise einleitete.
 Meine Rede wurde im Auszuge in der Kansas City Presse
 veröffentlicht. Viele reichten mir beim Abschied die Hand. In

gez. D. Zahn, Rektor."

U. S. Ihrem bisherigen Verlauf nach trägt die Schlusskonferenz im Haag ein sehr nüchternes Gepräge, auch fehlt die Hochspannung aus den Augusttagen des Jahres 1929. Die Tagesordnung ist gewiß umfangreich. Doch da es sich vielfach um Fragen von unangeordneter Bedeutung handelt oder um Anzeigegelenken, die wie die Ostreparationen Deutschland nicht unmittelbar interessieren, ist die Fülle der Haager „Probleme“ mehr eine Belastung mit Ballast als mit Arbeit. Von nicht geringer Bedeutung sind dagegen die Auseinandersetzungen über die Sanktionen.

Kirchlich ist Amerika von Europa, wo man den einzelnen Völkern vor Jahrhunderten das Christentum in römischer, griechischer oder protestantischer Form mit Staatsgewalt aufgezwungen hat, gänzlich anders gestaltet. Dies ist ein Grund dafür, daß das Heidentum bei großen Massen in unseren Nationalkirchen sich weiterhalten konnte. Ganz anders in Amerika, wo seit Entstehung der Staaten jede Konfession als eine private Angelegenheit betrachtet wurde und auf jede staatliche Unterstützung verzichtet wurde. Das Christentum genießt trotzdem im öffentlichen Leben ein solches Ansehen, daß z. B. im Kongreß in Washington jede Sitzung mit einem Gebet eröffnet wird. Auch die Tagespresse begegnet den kirchlichen Einrichtungen und Aufgaben stets mit der größten Achtung und nimmt gerne kirchliche Berichte und Auszüge aus Predigten auf. Schmähungen, wie sie in der deutschen Linkspresse täglich vorkommen, könnte man sich in Amerika kaum denken, so minderwertig die amerikanischen Presse sonst vielfach erscheint. In diesem Lande ist ein Kirchentum, nach dem Prinzip der Freiwilligkeit erwachsen, wie wir ähnliches in keinem anderen Lande finden. Ja, aber die Oberflächlichkeit des amerikanischen Christentums! Es ließe sich darüber gewiß manches sagen, und es ist gewiß, daß die Deutschen in gründlichem Durchdenken und Durcharbeiten den meisten anderen überlegen sind. Wenn ich aber bedenke, daß in Deutschland, der Schweiz und in der Kirche von England seit den Tagen der Reformation zur Erlangung eines Pfarramtes immer nur die formale Schulbildung ausschlaggebend war, aber fast niemals nach der Hauptsache, dem inneren Gnadenstand und der göttlichen Berufung eines Kandidaten für das Predigtamt gefragt wurde — in seit Jahrhunderten bestehender Lebensschaden unserer Kirchen — so kann dem gegenüber jede Oberflächlichkeit des amerikanischen Kirchentums einen Vergleich wohl aushalten.

(Schluß folgt.)

Die Frage der
ur den Gegenstän-
nden Delegation
Wie verlaute
legation, Mini-
nister Briand,
n bei der Wahl
den Kammer in
erdiene dann No-
rd, will sich
gung nach Men-

Im wesentlichen handelt es sich hierbei um die Klarstellung des Verhältnisses zwischen Youngplan und Versailler Friedensvertrag. Der Versailler Friedensvertrag ist ein Kind der Gewaltpolitik; der Youngplan dagegen soll der Welt die Rückkehr zur Vernunft ermöglichen. In Versailles verordnete man, daß eine Nichterfüllung des „Vertrags“ durch Deutschland immer nur die Folge einer Abschwächung Deutschlands sein konnte, auf die mit Kanonen und Bajonetten geantwortet werden mußte. Auf der Sachverständigenkonferenz in Paris hatte man sich dagegen schon zu der Auffassung durchgerungen, daß es eine Grenze der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands gibt, deren Überschreitung Deutschland nicht zugemutet werden kann.

Zwischen den Systemen des Versailler Friedensbittats und des Youngplans bestehen also große Gegensätze. Der Versailler Vertrag hat die Gewaltpolitik zur Grundlage, der Youngplan die Schiedsgerichtsbarkeit.

Dieser Widerspruch und die Tatsache, daß die ungeheure Bürde des Youngplans für Deutschland auch nur dann einige Jahre tragbar ist, wenn es in Ruhe und Frieden arbeiten kann, haben die deutsche Delegation veranlaßt, im Haag Garantien gegen neue Rückfälle in die Ära der Gewaltpolitik zu fordern. Seinen Wirkungen nach war das ein Vorstoß gegen den Artikel 430 des Versailler Vertrags, der lautet:

„Stellt während der Besetzung oder nach Ablauf der oben vorgesehenen 15 Jahre der Wiedergutmachungsausschuss fest, daß Deutschland sich weigert, die Gesamtheit oder einzelne der ihm nach dem gegenwärtigen Vertrag obliegenden Wiedergutmachungsverpflichtungen zu erfüllen, so werden die im Artikel 429 genannten Zonen — das Rheinland — sofort wieder durch alliierte und assoziierte Streitkräfte ganz oder teilweise besetzt.“

Sichhaltige Gründe gegen die Aufhebung dieses Artikels haben die Franzosen nicht vorzubringen vermocht. Denn tatsächlich hat ja ein Verzicht auf das „Recht“ der Wiederbesetzung deutscher Erde keine praktische Bedeutung. Durch den Youngplan verschwindet die Reparationskommission, die berechtigt war, deutsche Verfehlungen festzustellen, ferner hat Deutschland unter der Geltung des Youngplans keine Möglichkeit, sich abschwächen seinen Verpflichtungen zu entziehen, wenn es nicht seine Kreditfähigkeit verlieren will, und schließlich müßte eine Wiederbesetzung des Rheinlandes ja auch eine Maßnahme der ehemaligen Verbände sein. Mit dieser Möglichkeit werden aber selbst die Deutschen in Frankreich nicht mehr rechnen.

Wenn somit praktische Bedenken gegen die Aufhebung des Artikels 430 bei den Franzosen nicht bestehen können, so doch um so stärkere Bedenken formeller Natur. Die Franzosen sträuben sich hartnäckig, auch nur einen Satz des Friedensbittats formell aufzuheben. Sie finden zwar nichts Schlimmes dabei, durch die Zusammenarbeit mit Deutschland am Genfer Ratstisch die Bülge von der deutschen Kriegsschuld praktisch als unjüngst zu demonstrieren, den Artikel 230, der die Kriegsschuldbülge enthält, möchten sie aber nicht missen. Ähnlich verhalten sich die Franzosen jetzt in bezug auf den Artikel 430.

In der Pressediskussion über die Sanktionsfrage wurde in Paris angeregt, eine Lösung dahin zu treffen, daß Frankreich auf Strafmaßnahmen verzichtet, während Deutschland Bindungen dahin eingeht, von der Möglichkeit der Revision des Youngplans seinen Gebrauch zu machen. Ein Eingehen auf diese Anregung war Deutschland selbstverständlich nicht möglich! Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der an die Erfüllbarkeit des Youngplans für alle Zeit glaubt. Auch die Reichsregierung sieht in dem neuen Reparationsplan eben nur eine neue Etappe auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems.

Inzwischen soll nun die französische Delegation sich bereitgefunden haben, irgendwie auf politische Sanktionen — also auf das Recht der Wiederbesetzung — zu verzichten, wenn ihr die Ergreifung „negativer Pflichten“ erhalten bleibt, dergestalt, daß Deutschland sich verpflichtet, gewisse Einnahmen, z. B. aus dem Bahnbetrieb, aus Zöllen und einigen Steuern, nicht für zukünftige Anleiheoperationen festzulegen, so daß im Falle einer Zahlungseinstellung diese Einnahmen direkt von der Triebkraft eingezogen werden können.

Eine Einigung über die Sanktionsfrage muß jedenfalls in kürzester Zeit erzielt werden, weil diese Frage heikel und geeignet ist, das Verhältnis Deutschlands zu den westlichen Völkern erneut zu vergiften. Wenn die französische Delegation gut beraten ist, wird sie nicht länger zögern, sich den im deutsch-amerikanischen Schuldenabkommen enthaltenen Standpunkt zu eigen zu machen, daß Deutschlands Kredit und sein guter Wille die beste Garantie für die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen sind!

Sonderkonferenz der Großmächte

Briand und Tardieu fahren Freitag nach Paris. — Schober fordert Streichung der Kriegsschulden.

— Haag, 7. Januar.

Die Minister der sogenannten einladenden Mächte beschäftigten sich gestern in einer Sonderkonferenz mit dem Ergebnis der Beratungen der Finanzsachverständigen. Zur Debatte stand hauptsächlich die Frage, wann Deutschland zu zahlen hat, ob am 1. eines jeden Monats im voraus oder am letzten nachträglich. Eine Vorauszahlung würde Deutschland — angesichts der großen Tributsummen — nicht unerhebliche Zinsverluste bringen. Eine Stütze findet die deutsche These der Ultimo-Zahlung darin, daß ja auch die 660 Millionen der Reichsbahn erst nachträglich gezahlt werden brauchen.

Die Frage der Sanktionen bildete am Montag nur den Gegenstand privater Besprechungen der führenden Delegationsmitglieder.

Wie verlautet, werden die Führer der französischen Delegation, Ministerpräsident Tardieu und Außenminister Briand, Haag bereits am Freitag verlassen, um bei der Wahl des neuen Präsidenten der französischen Kammer in Paris anwesend zu sein. Während Tardieu dann noch einmal nach dem Haag zurückkehren wird, will sich Briand von Paris sogleich zur Ratstagung nach Genf begeben.

Von den nach der Eröffnungsitzung eingesetzten Ausschüssen debattierte der Ausschuss für die Reparationen über die österreichischen Kriegsschulden. Die Verhandlungen begannen mit der Erklärung des Bundeskanzlers Deutsch-Oesterreichs, Schober, Deutsch-Oesterreich sei angesichts seiner wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nicht in der Lage, irgendwelche Reparationsleistungen zu tragen. Bekanntlich sind die österreichischen Tributleistungen für einige Jahre gestundet worden.

Der tschechische Außenminister Benesch erwiderte, er hege trotz der trüben Aussichten, die Bundeskanzler Schober eröffnet habe, die feste Hoffnung, mit Oesterreich zu einer Einigung zu kommen. Ähnliche Trostworte sprachen die Vertreter Polens und Rumäniens.

Damit war die Debatte über die österreichischen Schulden beendet. Die weiteren Verhandlungen über diesen Fragenkomplex finden in kleinem Kreise außerhalb des Ausschusses statt.

England an Sanktionen nicht interessiert.

Die englische Nachrichtenagentur Reuter veröffentlicht eine Äußerung über den deutschen Standpunkt in der Sanktionsfrage und fügt hinzu, Schatzkanzler Snowden habe dem deutschen Finanzminister Moldenhauer erklärt, Großbritannien sei an dieser Frage nicht interessiert. — Der Sonderkorrespondent der französischen Zeitung „Paris Midi“ meldet aus dem Haag, er habe den Eindruck erhalten, daß die sogenannte Frage der Sanktionen bis Mittwoch zufriedenstellend gelöst sein werde.

Schobers Unterredung mit Curtius.

Nebereinstimmung in allen beide Länder berührenden Fragen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte im Haag verschiedene Unterredungen mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schober, über die folgende offizielle Mitteilung an die Presse erging:

Reichsaußenminister Dr. Curtius und Bundeskanzler Schober haben aus Anlaß ihrer Anwesenheit im Haag Besuche ausgetauscht. Sie haben sich bei dieser Gelegenheit in freundschaftlicher Weise über alle die beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen ausgesprochen und dabei, ebenso wie dies bei früheren Zusammenkünften zwischen den deutschen und österreichischen Staatsmännern geschehen ist, die völlige Übereinstimmung ihrer Auffassung festgestellt.

Der gelegentliche der Heimreise Schobers nach Wien geplante Besuch in Berlin soll bei einer anderen Gelegenheit erfolgen; Bundeskanzler Schober will nämlich auch der Ratstagung in Genf beiwohnen.

Agarkonferenz in Genf.

21 Länder vertreten. — Die Überwindung der Getreidekrise.

In der Bollerbundsekretariat in Genf versammelten sich die landwirtschaftlichen Sachverständigen aus 21 Ländern. Deutscher Vertreter ist der ehemalige Minister Dr. Hermes. Die Verhandlungen sind nichtöffentlich. Die Leitung der Aussprache besorgt eine Abordnung des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes, der u. a. als deutscher Vertreter Staatssekretär Dr. Trendelenburg angehört. Im wesentlichen steht zur Aussprache die Frage, wie der Landwirtschaftskrise allgemein begegnet und wie in der Getreidefrage die gegenwärtige Krise überwunden werden kann.

Eröffnung der Kohlenkonferenz.

Deutsch als Verhandlungssprache. — Alle Kohlenländer vertreten.

— Genf, 7. Januar.

Neben Englisch und Französisch gilt auch die deutsche Sprache als Verhandlungssprache. Es ist übrigens das erste Mal, daß in den Vollsitzungen einer internationalen Konferenz in Genf auch die deutsche Sprache als Amtssprache gilt.

Im Gebäude des Internationalen Arbeitsamtes in Genf wurde die vorbereitende Kohlenkonferenz eröffnet. Die Konferenz besteht aus je einem Regierungsvertreter, einem Arbeitgeber und einem Arbeitervertreter der wichtigsten Kohlenländer Europas, das sind Deutschland, Oesterreich, Frankreich, England, Belgien, Holland, Spanien, die Tschechoslowakei und Polen.

Die deutsche Vertretung besteht aus Ministerialdirektor Eißler als Regierungsvertreter, Dr. Jungst als Vertreter der Arbeitgeberverbände und Schmidt-Bogum als Vertreter der Kohlenarbeiter.

Zum Präsidenten der Konferenz wurde der englische Regierungsvertreter Robert Smith, zu Vizepräsidenten der deutsche Arbeitgebervertreter Jungst und der belgische Arbeitervertreter Delattre bestimmt. Die Konferenz hat gemäß einer Entschließung der Völkerbundsversammlung ein Programm aufzustellen für die Behandlung der Arbeitszeit und der Löhne in der Kohlenindustrie, womöglich in der nächsten internationalen Arbeitskonferenz. Ministerialdirektor Eißler führte als erster Redner über die Frage der Arbeitszeit aus, daß die deutsche Regierung dem Abschluß eines besonderen Abkommens für eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit in der Kohlenindustrie beizutreten bereit sei. Für die Braunkohlenindustrie scheinen die Verhältnisse zu einem gleichen Schritt noch nicht ebenso reif zu sein.

Das Abkommen mit Polen.

Der Vertragstext soll verbessert werden. — Zählungnahme des Reichsaußenministers Dr. Curtius mit Jalesti anläßlich der Ratstagung.

— Berlin, 7. Januar.

Von zuständiger deutscher Stelle wird eine Darstellung von der Entstehung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens veröffentlicht, nach der die Verhandlungen über dieses Abkommen bis auf das Jahr 1926 zurückgehen. Die Erklärung fährt fort:

Die deutsche und die polnische Regierung haben nunmehr einvernehmlich Artikel 1 des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens denjenigen Teil des Abkommens bei der Haager Konferenz niedergelegt, der sich aus den Vorläu-

Verhandlungen ergeben hatte. In gleicher Weise werden voraussichtlich auch die Einzelabkommen zwischen Deutschland-England und Deutschland-Italien, sowie möglicherweise auch mit Australien und Neuseeland, falls diese zu Stande kommen sollten, niedergelegt werden müssen.

Die Niederlegung wird auf deutscher Seite lediglich als ein Akt der Kenntnisnahme der Konferenz bezeichnet, und ein juristischer Zusammenhang zwischen dem Youngplan und diesen Liquidationsabkommen wird nicht als bestehend angesehen.

Nach einem Hinweis auf die Erklärung des Reichsaußenministers Dr. Curtius in der ersten Sitzung der Haager Schlusskonferenz, nach der das deutsch-polnische Liquidationsabkommen nicht als Bestandteil der Haager Abmachungen anzusehen ist, wird noch mitgeteilt, daß das Liquidationsabkommen im Reichstag zu einer von der Entscheidung über den Youngplan getrennten Abstimmung vorgelegt werden wird. Die Möglichkeit der Verbesserung des Abkommens werde nicht in dem auf der Haager Konferenz niedergelegten Hauptabkommen, sondern bei dem Abkommen über das Wiederkaufrecht gesucht. Nun hoffe man, in weiteren diplomatischen Verhandlungen Verbesserungen des Abkommens erreichen zu können.

Mit diesen Verhandlungen im Zusammenhang steht die geplante Reise des Reichsaußenministers Dr. Curtius zu der am 13. Januar beginnenden Ratstagung in Genf. Maßgebend für diese Reise ist jedenfalls die Absicht, in Genf mit dem polnischen Außenminister Jalesti — dem Vorsitzenden der Ratstagung — neue Verhandlungen über die dringend erforderlichen Verbesserungen des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens zu führen.

Rückgliederungsentschließung der Saarbauern.

Der Bauernverein für das Saargebiet hatte nach Saarlouis eine Generalversammlung einberufen, die außerordentlich stark besucht war. Es wurde eine Entschließung angenommen, worin die Bauernschaft der Rundgebung des Landesrats zur Frage der Rückgliederung des Saargebietes in das Reich vollinhaltlich beitrifft. Die Bauernschaft sprach die dringende Erwartung aus, daß den einmütigen Wünschen der saarländischen Bevölkerung vollauf Rechnung getragen wird, so daß das Saarland ungeschmälert in das Reich heimkehren kann.

Der neue Reichshaushaltsplan.

Seine Ausarbeitung soll beschleunigt werden. — Verabschiedung bis Mitte April?

Wie verlautet, hat der Reichskanzler die Ministerien aufgefordert, dafür zu sorgen, daß der Reichshaushaltsplan so zeitig wie möglich fertiggestellt wird. Als äußerster Termin für ihre parlamentarische Verabschiedung soll Mitte April gelten, wobei aber beachtet werden soll, den normalen Termin (31. März) nach Möglichkeit innezuhalten. Der neue Staatssekretär im Finanzministerium, Dr. Schäffer, ist daher auch, entgegen den ursprünglichen Dispositionen, während der Haager Konferenz in Berlin verblieben, um mit den Ressorts zu verhandeln, die sich diesmal mehr als je zuvor nach der kurzen Dede strecken müssen. Die Verabschiedung des neuen Reichshaushaltsgesetzes soll Ende Januar im Reichstabinett erfolgen. Der Reichstag wird sich den ganzen März hindurch mit der Staatsberatung zu befassen haben.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 7. Januar 1930.

Reichskanzler Müller sandte an den sozialdemokratischen Politiker Eduard Bernstein zum 80. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm, in dem es heißt, Bernstein habe seine Erfahrungen in der politischen Praxis zum Wohle des deutschen Volkes verwendet.

Die Besprechungen über die Ansiedlung der Deutschen in den Grenzgebieten. In den nächsten Tagen findet eine Besprechung des Reichskommissars der Deutsch-Russen-Hilfe Stüdlén mit dem Oberpräsidenten von Ostpreußen, Dr. Siehr, statt, um die Möglichkeit einer Ansiedlung der Flüchtlinge in den Grenzgebieten zu erörtern. Weiter sind verschiedene Siedlungsgesellschaften an den Reichskommissar herangetreten, um z. B. die Kolonisten in Südafrika anzusiedeln. Die Gesellschaften möchten aber, daß das Reich sämtliche Kosten der Ueberfahrt und Ansiedlung auf sich nimmt.

Rundschau im Auslande.

Der englische Zeitungsfürst Lord Northcliffe äußerte auf einem Festmahl in London, Deutschland werde innerhalb von drei Jahren die wirtschaftliche Führung unter den europäischen Nationen haben.

In einem ehemaligen kaiserlichen Schloß in Venetragrad wurden wichtige historische Schriftstücke aufgefunden, darunter das Tagebuch Nikolaus I., sowie Briefe der letzten Karin und des früheren deutschen Kaisers Wilhelm II.

In Albanien ist eine Aufstandsbewegung gegen Ahmed Zogu im Gange, dessen Reformbestrebungen anscheinend Unwillen hervorgerufen haben.

Ab 1. Juli eine neue Währung in China.

Der chinesische Finanzminister hat seiner Regierung einen Entwurf übermittelt, der die Einführung einer neuen Währung vorsieht. In einer bestimmten Zeit sollen die verschiedenen Geldsorten, die von den chinesischen Regierungen und Banken herausgegeben werden, gegen die neue Währung umgetauscht werden. Die neue Währung soll auf Goldgrundlage aufgebaut und am 1. Juli 1930 eingeführt werden.

Englands Indien-Politik.

Beschleunigte Einberufung der Einigungskonferenz.

Londoner Meldungen zufolge soll die englisch-indische Konferenz mit Rücksicht auf den Nationalkongress in Lahore früher als anfangs geplant einberufen werden. Wahrscheinlich wird die Konferenz bald nach Fertigstellung des Simon-Berichtes — der in ungefähr vier Wochen erwartet wird — vom Vizekönig von Indien nach Anweisungen der englischen Regierung nach London einberufen werden.

Nach Berichten aus Bombay ist die Aufforderung des indischen Arbeitsausschusses an die Kongreßmitglieder

der, von ihren Vertretern in den Verfassungskammern zurückzutreten, bisher nur in bescheidenem Umfange befolgt worden. Insbesondere wird es als unwahrscheinlich angesehen, daß der Präsident der indischen Verfassungskonferenz, Patel, von seinem Amte zurücktreten wird, da er sich für „parteilos“ erklärt hat. Der Führer der Kongresspartei in der Verfassungskonferenz, Nehru, hat nochmals in persönlichen Briefen an die Mitglieder der Versammlung diese aufgefordert, von ihren Vertretern unverzüglich zurückzutreten.

Die Fälschungen.

Im weiteren Verlauf des Prozesses gegen die Fälscher der Fälschungs-Banknoten erwies sich die Angeklagte Karumidze auf die eindringliche Frage des Vorsitzenden, aus welchen Mitteln er seinen Unterhalt und die weitere Reise bestritten habe, er habe als Spezialist für Wolle und Pelzwaren geschäftliche Einnahmen gehabt. Ueber den Erlös aus dem Verkauf der gefälschten Noten will sich der Angeklagte erst später äußern. Am ersten Verhandlungstag bestritt er sich lediglich auf die Feststellung, daß Schneider etwa 14 000 gefälschte Fälschungs-Banknoten hergestellt hat und daß das Geld niemals für Unterhaltungen, sondern immer nur für politische Zwecke verwendet habe. Da er sich allgemein die Bekämpfung der kommunistischen Bewegung zum Ziele gesetzt habe, hätte er auch von deutschen Kreisen Geld bekommen. Kapitän Ehrhardt, den er gleichfalls um Unterstützung ersucht habe, hätte jedoch ablehnend geantwortet.

Letzte Meldungen.

Aufrechterhaltung der Sanktionsbestimmungen des Verfallener Vertrages?

— Haag, den 7. Januar. Ueber den Inhalt der Note, die die französische Abordnung im Haag in der Sanktionsfrage übermittelt, liegen bisher keine näheren Angaben vor, da die Note von beiden Seiten streng geheim gehalten wird. In Konferenzkreisen sind jedoch gerüchtweise zwei Darstellungen im Umlauf. Nach der einen soll in der Note, die ausschließlich von der französischen Abordnung allein ausgeht, erklärt werden, in den Sanktionsbestimmungen des Verfallener Vertrages könne nichts geändert werden, es werde aber die Hoffnung ausgesprochen (!), daß diese Bestimmungen nicht zur Anwendung gelangen würden. Nach der anderen Darstellung soll die französische Note den Vorschlag machen, in das Schlussprotokoll der Haager Abmachungen eine Bestimmung über die Aufrechterhaltung der Sanktionsbestimmungen des Verfallener Vertrages aufzunehmen.

Die Note der französischen Regierung wird die Grundlage der für Mitte der Woche erwarteten offiziellen Besprechungen über die Sanktionsfrage bilden.

Bankrott mit politischen Folgen.

— Brüssel, 7. Januar. In Sachen Zahlungseinstellung der Banque d'Indochine in Peking hat das Gericht gegen den Präsidenten Chaudoir und den Generaldirektor Salme Anklage wegen Depotunterschlagung erhoben. Damit nimmt die Angelegenheit eine Wendung, die auch eine politische Rückwirkung haben wird. Bekanntlich hatte der Kolonialminister Tschouvenot seinen Rücktritt genommen, da er dem Verwaltungsrat der Bank angehört. Eine gewisse Brüseler Presse hat daraufhin unerhörte Angriffe gegen ihn unternommen, die den Minister als den Schuldigen brandmarken sollten. Der Minister ist bereits jetzt gerechtfertigt und hat Klage wegen Verleumdung erhoben.

Danzig verlangt Schuldenerlass.

Eine Danziger Abordnung im Haag. Im Rahmen der von der Haager Konferenz angestrebten Endliquidierung der Tributfragen wird vornehmlich auch die Streichung der Danziger Tributlasten zur Erörterung gelangen. Der Danziger Senat hat zu der Haager Konferenz eine Abordnung entsandt. Die Danziger Regierung hat bereits vor einiger Zeit die Reparationskommission durch eine Note ersucht, die Tributlasten von Danzig endgültig zu löschen und zu erklären, daß seitens der Reparationskommission keine Forderungen mehr gegen den Freistaat Danzig und den Austausch für den Hafen und die Wasserwege von Danzig bestehen. Der Danziger Senat hat den offiziellen Schritt insbesondere mit Rücksicht darauf unternommen, daß nach Auflösung der Reparations-

Kommission kein Verhandlungspartner mehr bestehen würde, der die Streichung der Danziger Schulden vornehmen könnte. Die Verhandlungen zwischen der Danziger Abordnung und den maßgebenden Stellen werden zunächst in Form privater Besprechungen geführt, welche die Stellungnahme der einzelnen Regierungen klären sollen.

Die Lage der Landwirtschaft.

Günstiger Stand der Winterfrüchte. — Ungünstige Preisverhältnisse. — Keine Nachfrage nach Arbeitskräften.

Einem Bericht der Preussischen Landwirtschaftskammern über die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft entnehmen wir folgende Ausführungen:

In der Belastung der Landwirtschaft mit Steuern und Verbrauchsabgaben ist eine Besserung nicht eingetreten. Die Kreditlage war weiterhin sehr gespannt. Die Pflugarbeiten für die Frühjahrssaatung konnten größtenteils beendet werden. Der Stand der Winterfrüchte ist befriedigend bis gut, stellenweise sogar etwas dicht und üppig. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse haben zum Teil weiter nachgegeben, so daß das Mißverhältnis zu den Preisen der Bedarfsgegenstände noch größer geworden ist!

In der Rindviehzucht machte das Kontrollvereinswesen gute Fortschritte. Die Milchwirtschaft litt unter den niedrigen Milch- und Butterpreisen. Die Aufzucht von Zuchttauben hat nachgelassen, da erneute Anläufe der Schweinepreise befürchtet werden. Die Geflügelzucht und -haltung gewinnt auch für die bäuerlichen Betriebe immer größere Bedeutung. Der Ankauf von Kunstdünger und Saatgut wurde auf das Neueste eingeschränkt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften hat fast ganz nachgelassen.

Einführung in soziale Fragen.

Die Freusburg-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung veranstaltet im Anschluß an die im letzten Frühjahr stattgefundene soziale Schulungswoche in nächster Zeit eine Reihe von Arbeitsstagen, welche die Aufgabe haben sollen, in Form sogenannter Wochenend-Arbeitsgemeinschaften durch sachliche Vorträge und Rundgespräche eine Einführung in wichtige und im Vordergrund unseres Volkslebens stehende soziale Fragen zu vermitteln. Sie sind gedacht für alle Schichten der jungen Generation, insbesondere für Jugendführer, die sich durch sachliche Mitarbeit verpflichtet fühlen, mit Hilfe von Fachleuten zu einer umfassenden und nicht einseitigen Klärung dieser Fragen beizutragen. Die erste dieser Arbeitstagen findet am 18./19. 1. auf der Jugendburg Freusburg statt. Sie soll einer Einführung in die soziale Frage dienen und auf diese Weise Grundlage für die Fortführung der Ausprache zu schaffen. Als Vortragende sind gewonnen: Univ.-Professor Dr. Paul Honigshaus, Köln, der in der Jugendbewegung und in der Volkshochschularbeit allgemein als besonders befähigter Fachmann gilt, Josef Joos, Redakteur der westdeutschen Arbeiterzeitung, Mitglied des Reichstages, und Frau Dr. Kraus, die Leiterin des städtischen Wohlfahrtsamtes zu Köln. Die Tagung beginnt am Samstag abend 20.30 Uhr mit dem ersten Vortrag und endet am Sonntag nachmittag gegen 17 Uhr. Für Ausprachen ist genügend Zeit vorgesehen. Eingeladen sind zu dieser Arbeitstagen aufgeschlossene junge und jungföhlende Menschen aller Richtungen, die sich im Sinne der Freusburg-Arbeitsgemeinschaft zu sachlicher Mitarbeit bereit erklären. Näheres über Unterkunft und Verpflegung sowie die sonstigen Bedingungen durch das Arbeitsamt der Freusburg-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung, Hilchenbach in Westfalen, Postfach 14, an das auch die Anmeldungen zu richten sind.

2. pädagogische Arbeitswoche für Theologen in Spandau, Evang. Johannesstift.

Die Gesellschaft für evangelische Pädagogik veranstaltet in Verbindung mit dem Religionspädagogischen Institut (Berlin) vom 4. bis 7. März 1930 einen erziehungswissenschaftlichen Lehrgang für Theologen, zu welchem hierdurch ergebenst eingeladen wird.

Montag, den 3. März: Anreise, Begrüßung. Dienstag, den 4. März: Die Voraussetzungen unserer Erziehungsarbeit im geistigen Leben der Gegenwart. Pfarrer Merz, München. Mittwoch, den 5. März: Biblische Psychologie als Grundlage der Erziehung. Prof. D. Dr. Brunner, Zü-

rich. Donnerstag, den 6. März: Vorm.: Fortsetzung des Vortrags von Prof. D. Dr. Brunner. Nachmittags und abends: Teilnahme an den Vorträgen von Pfarrer Merz und Prof. D. Dr. Brunner in der Universität Berlin (Veranstaltung von der Gesellschaft f. e. P. in Verbindung mit der Lutherergemeinschaft und der Vereinigung der evang. Berufserzieher von Berlin-Brandenburg). Freitag, den 7. März: Das Gleichnis im Unterricht. Oberkonsistorialrat Vic. Heckel, Berlin. Nachmittags: Gegenwartsfragen der Schulpolitik. Oberkonsistorialrat D. Fleisch, Hannover. Sonnabend, den 8. März: Abreise.

Die Kosten betragen außer der Reise für den Lehrgang insgesamt 36,— Mark einschließlich Unterkunft und Verpflegung. Anmeldungen für den Lehrgang sind möglichst bis zum 1. Februar an die hiesige Geschäftsstelle zu richten. — Es ist damit zu rechnen, daß eine begrenzte Zahl von Pfarrern seitens der Kirchenregierungen bezw. der Konsistorien einberufen wird, und es wird anheimgegeben, sich diesbezüglich mit den zuständigen Stellen baldigst in Verbindung zu setzen.

Gesellschaft für evangelische Pädagogik, Hauptgeschäftsstelle Berlin-Steglitz, Bismarckstr. 8.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Zwischen den Zeiten. Chr. Kaiser-Berl., München, halbjährlich Mk. 5.50. Einzelpreis Mk. 2.50. 7. Jahrgang. Aus dem Inhalt von Heft 6: Gogarten, Das Problem einer theologischen Anthropologie; Heinrich Barth, Ontologie und Idealismus, eine Auseinandersetzung mit W. Heidegger; Thurneysen, Die Stellung der heutigen Jugend zur Religion; Karl Barth, Bemerkungen zu Hans Michael Müllers Lutherbuch.

Local- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. Militärrentenempfänger, Rentenanstrenger, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene solcher wenden sich oft mit Anfragen und Anträgen in Versorgungsangelegenheiten irrtümlicherweise noch oft an das Reichsarbeitsministerium oder an das Hauptversorgungsamt, statt an das für ihren Wohnort zuständige Versorgungsamt. Die Geschäftsteller werden darauf aufmerksam gemacht, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn sie sich mit Anfragen und Anträgen stets unmittelbar an das Versorgungsamt wenden.

Bethel.

— Christlicher Verein j. Männer. Heute, Dienstag, 8 1/2 Uhr Stenographie. Desgleichen 8 1/2 Uhr Zusammenkunft der „Tote“-Sammler bei Herrn Romann.

Mittwoch, 8 1/2 Uhr, Turnen. — Nachmittags 4 Uhr in Gosen Märchenstunde für Kinder (40 Märchenbilder) 15 Pf. zur Deckung der Unkosten.

— Dratorienchor Bethel. Donnerstag, den 9. Januar, abends 8 Uhr — nicht 8 1/2 Uhr! — pünktlich, beginnen die Proben zu „Selig aus Gnade“, Dratorium von Albert Becker. Da das Werk b. Ende Februar fertiggestellt sein muß, ist ein vollständiges Eintreten des ganzen Chores unbedingt erforderlich. Je ungehinderter wir arbeiten können, wozu Pünktlichkeit und Vollständigkeit des Chores beim Besuch der Übungen das meiste beitragen, umso freudiger und erfolgreicher werden wir vorwärts kommen. Also gleich mit ganzer Kraft voran! Bach-Choralist und Pos.-Buch I sind stets mitzubringen. Der Vorstand des Dratoriumchores.

— Die Sarepta-Apotheke muß wegen Umbaus von Dienstag, dem 7., bis Donnerstag, dem 9. Januar 1930, geschlossen bleiben. Die Käufer werden gebeten, sich rechtzeitig mit Medikamenten eindenken zu wollen.

— Unsere Verkaufsräume bleiben wegen Aufnahme am 8. und 9. Januar geschlossen. Wir bitten unsere verehrte Kundschaft, die Aufträge so früh herbeizugeben, daß diese bis zum Dienstag (7. Januar) erledigt werden können. D. Ophir, vereinigte Verkaufsstellen.

— Wer wäscht Wäsche für einzelnen Herrn und bester dieselbe aus? Meldung in Ephrata.

— Ein brauner Kinderschuh verloren. Bitte abzugeben im Telefonamt.

Die glückliche Geburt ihres zweiten Jungen zeigen in dankbarer Freude an

Focko Lützen und Frau
Lotte, geb. Kuhlo

Berlin-Wilmersdorf, den 4. Januar 1930
Kaiserallee 53

Mutterhaus sucht

2 feingeb., bewußt a. d. Grunde d. Evang.-arbeit.

leit. Schwestern f. Krankenhaus

v. 60 u. 120 Betten. Bevorz. w. Bewerberinnen, Mitte 30, die i. d. Mutterh. eintr. Beding.: Erfahrung i. s. ämtl. Geb. d. Krk. Pfl., Wirtsch. Führung; befähigt Schülerinnen auszubilden. Vergütig.: zeitgem. Tascheng. u. Altersvers. Meldg. an die Oberin durch die Geschäftsst. des Aufwärt. unter A 6028.

Bilder aus Sowjetrußland

von A. Kroeber, ca. 160 Seiten mit 5 Bildern Mt. 2.— Wer an der Not des russ. Volkes und uns. dort. deutschen Landsleute nicht gleichgültig vorübergehen will, der lese und verleihe dieses erschütternde schillernde Zeugnis eines Opfers der Tschea. Verlag Th. Urban, Striegau, sowie durch jede gute Buchhandlung.

Staatlich geprüfte Kindergärtnerin, Pfarrerstochter, 24 J., sucht

Wirkungskreis

in Kinderheim oder Kindergarten. Gute Zeugnisse vorhanden. Angebote mit Gehaltsangabe an Billa Siemer, Bielefeld bei Sever in Oldenburg.

Bielefeld

Hasenclever

Kleider

Obernstr. 12

Secretärin

29 Jahre alt, kaufm. gebildet mit besten Zeugnissen sucht Wirkungskreis (Pfarramt, Waisenhaus, christl. Arzt oder ähnl.) Offert. unter A 6001 a. d. Ges. d. B.

„Der Sozialistische

Zeitungsspiegel“.

Wie die Sozialisten über die Kirche denken.

Selbstdarstellungen der sozialistischen Zeitungen. Zu beziehen durch:

Ev.-Soz. Presseverband für die Prov. Sachsen, Halle/S., Universitätsring 12.

Friedrich von Bodelschwingh-Schule

Öffentliche Deutsche Oberschule in Aufbauform.

Anmeldungen zur Aufnahmeprüfung für Untertertia nimmt der Unterzeichnete an jedem Schultage von 12 bis 1 Uhr in der Aufbauschule (Bethel, Bellaweg) entgegen. Vorzulegen ist das letzte Zeugnis des siebten oder achten Volksschuljahres.

Dr. Georg Müller, Studiendirektor.

Korbwaren

Sessel und Körbe in Weide und Peddigrohr

Rein

Aluminium-

Geschirre

Töpfe, Kaffeekannen usw.

Liefert in allen Ausführungen

Tiberias-Werke

der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Preisliste wird auf Wunsch geliefert.

Schriftleitung: W. Kraus, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. F. Guttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifweg 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Mr. 7.

Je mehr
er ans Ver-

Zerstörte Hoffnungen
Sanktionen im
abkommen. — In
sieg in Ägypten
vertrag. — Chin
fe

Lenzlaus Sitt
neue Jahr hinein
Zülfse. . . Mitt
kecke Blümlein
bunten Falter si
einen kleinen ge
len Bäumen gar
einschalmeien. F
einer Zeit, wo f
Es erstarrt zu
schnellen Frühlin
Optimisten! Leid
nur auf dem Ra
lichen Strenge an
eiltten Zuhilfen
Genau wie ihr tr
I ch e n Frühling
gewisse Illusioni
unzeitgemäß der
Frühlings, die r
Souveränität um
gen Ketten des L
gerade Gegenteil

Im Besondere
„Liquidierung des
Schon die sehr w
ends ließ keinen
auch von der Ha
nen Freitag zus
mehr zu erhoffen
seiner Rede offen
für Frankreich do
habe, Deutschland
zichten zu lassen,
Rede voll und ga
lich am 11. Jahre
Mund des Ronomi
Deutsche ist und b
auch zum Ausdruck
die Bestimmung
habe, wonach di
Rheinland nur b
durchgesetzt, daß
des Locarnovert
weit über die B
Frankreich das R
also 22 Jahre nach
deutsche Eisen b
bietet zu erheben.
eine Negation der
Berliner, durchaus
„wie sie trostlos
gebracht worden i
Schlußkonferenz h
fische Kontinental
Deutschland auch
machen. Die Aus
als wir durch eine
ein demokratisches
liche Mindestmaß
läßt.“ Die einzige
tionaler Autorität
tracht der weitgeh
sich die deutsche
hinaus bereitgefun
diger nach dem Ha
rung Schachts für
der demokratische

„Daß sich Schach
seine Unterschrift
deutschen Politik
klären, das ist
gierung vor d
Schacht zur Teiln
so hätte das alle
solche Weise geg
schützen. Es na
zu versuchen, wa